

Photovoltaik-Krise: Zehn Prozent Rückgang bedroht Österreichs Energiezukunft

Der Rückgang beim Ausbau von Photovoltaikanlagen in Österreich 2024 wirft dringende Fragen zur Energiepolitik auf.



Österreich - Die Photovoltaik-Branche in Österreich sieht sich besorgniserregenden Entwicklungen gegenüber. Laut dem **Bundesverband Photovoltaic Austria (PV Austria)** wird für 2024 ein Rückgang der neu installierten Photovoltaik-Leistung um 10 % prognostiziert. Diese Abnahme folgt auf acht Jahre kontinuierlichen Wachstums und wird auf unklare Förderbedingungen, die angespannte Wirtschaftslage und fehlenden politischen Rückhalt zurückgeführt.

Insgesamt wurden 2024 in Österreich 2,2 Gigawatt (GW) neu installiert. Diese Zahl beruht größtenteils auf der Fertigstellung

aufgestauter Projekte aus vergangenen Jahren sowie auf einer Handvoll großer Freiflächenprojekte. Gleichzeitig profitierte das Kleinanlagensegment von einer Mehrwertsteuerbefreiung, die jedoch bald wegfällt. Die Umfrage unter den Betrieben zeigt, dass 75 % von einem sinkenden Interesse an kleinen PV-Anlagen ausgehen.

Die Rolle der Bundesregierung

Die PV-Branche fordert dringend neue Rahmenbedingungen seitens der Bundesregierung, um den Ausbau der Photovoltaik konstant zu halten. Sollten keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, drohen steigende Strompreise, was die wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen zusätzlich belasten könnte. **Die Bundesregierung** hat bereits angekündigt, dass sie daran arbeitet, den gesamten Strombedarf bis 2030 durch erneuerbare Energien und steuerbare Kraftwerke zu decken. Gesetzgebung zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts soll dabei helfen, die Herausforderungen durch Stromspitzen im Netz zu meistern.

Ein wichtiger Bestandteil für die Zukunft der Photovoltaik ist die verbesserte Integration der Anlagen in das Stromsystem. Eine neue Regelung erlaubt es, dass bei negativen Preisen keine staatlich geförderte Einspeisevergütung für neue Photovoltaik-Anlagen gezahlt wird. Gleichzeitig sollen die Anlagen künftig ihren Strom leichter selbst vermarkten können.

Gesetzliche Rahmenbedingungen und Ziele

Österreich hat mit dem **Erneuerbare-Ausbau-Gesetz (EAG)** von 2021 einen klaren gesetzlichen Rahmen geschaffen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Das Ziel der österreichischen Energiepolitik ist es, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen bis 2030 um 27 Terawattstunden (TWh) zu steigern. Für die Photovoltaik beispielsweise ist eine Erhöhung von 2,213 GW auf 13 GW vorgesehen, während die Windkraft von 3,110 GW auf 10 GW zulegen soll.

Das EAG ermöglicht finanzielle Unterstützung für Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen durch Marktprämien und Investitionszuschüsse, die beantragt werden können. Um die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus zu gewährleisten, sind jedoch technologische Standards und Nachhaltigkeitskriterien einzuhalten.

Der Weg in die Zukunft

Die Zukunft der Photovoltaik in Österreich steht vor Herausforderungen, deren Bewältigung entscheidend für die Stabilität der Branche und die Energiewende ist. Die fehlenden Maßnahmen könnten nicht nur die Strompreise nicht senken, sondern auch die Energiewende insgesamt gefährden. Die PV-Branche appelliert daher an die Regierung, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, um das Potenzial erneuerbarer Energien voll auszuschöpfen und die Energieversorgung nachhaltig zu gestalten.

Details	
Ursache	unklare Förderbedingungen, angespannte Wirtschaftslage, fehlender politischer Rückhalt
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bundesregierung.de • www.energiemagazin.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at